

A n t r a g

3. Sitzung der Kammerversammlung der 17. Legislaturperiode am 20.06.2020

Name: Frau Dr. med. Anne Bunte (Marburger Bund)

stellt

zum Tagesordnungspunkt Nr.: 1

zu Gegenstand: Bericht zur Lage

folgenden Antrag:

Qualifizierte Unterstützung für die Gesundheitsämter - jetzt!

Über Jahre hinweg hat die deutsche Ärzteschaft immer wieder eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes angemahnt. So forderte der 121. Deutsche Ärztetag 2018 in Erfurt Bund, Länder und Kommunen als Träger des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) auf, den veränderten und erweiterten Rahmenbedingungen und Aufgabenprofilen Rechnung zu tragen, indem für eine adäquate finanzielle und personelle Ausstattung gesorgt wird.

Fast wortgleich hat ein Jahr später der Deutsche Ärztetag 2019 in Münster gefordert, den öffentlichen Gesundheitsdienst personell, finanziell und materiell ausreichend auszustatten.

In einer Vorahnung der heraufziehenden Corona - Krise hatte diese Kammerversammlung schon im Januar 2020 darauf hingewiesen, dass Infektionskrankheiten und bedrohliche Pandemien keinesfalls überwunden sind und konstruktiv einen Vorschlag für bessere Strukturen des Infektionsschutzes in NRW gemacht. Über Jahre hinweg ist der ÖGD personell ausgeblutet – es fehlen Fachärztinnen und Fachärzte. Die Corona-Krise zeigt: Unterstützung durch fachfremdes (kommunales oder Landes-) Personal in Spitzenzeiten hilft nur bei einer ausreichenden Grundausstattung mit Fachpersonal - und hier vor allem von Ärztinnen und Ärzten, wie sich aktuell im Kontaktpersonenmanagement zeigt.

Die bitteren Erfahrungen der laufenden Corona-Pandemie zeigen, wie berechtigt diese Forderungen waren. Die wenigen Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes kämpfen aktuell täglich nicht nur gegen die Pandemie, sondern auch mit den bekannten Strukturproblemen des ÖGD. Diese Kolleginnen und Kollegen verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Inzwischen scheinen dies auch einige Politiker erkannt zu haben. Unter der Überschrift „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ hat der Koalitionsausschuss aus CDU und SPD am 5. Juni 2020 festgestellt, das laufende Ausbruchsgeschehen mache deutlich, dass eine Verstärkung dieser unverzichtbaren Säule des Gesundheitswesens [i.e. der öffentlichen Gesundheitsdienst] dringend notwendig ist“!. Dazu wird vorgeschlagen, eine Mindestpersonalausstattung Gesundheitsämter festzulegen und die ärztlichen Gehälter an die Entwicklung in anderen Bereichen des Gesundheitswesens anzupassen. Dies sei über die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, ggf. durch die Zahlung von Funktionszulagen zu gewährleisten. Für die Umsetzung wurde vorgeschlagen, der Bund möge mit den Ländern und Kommunen einen „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ schließen.

Die Kammerversammlung der Ärztekammer Westfalen-Lippe fordert daher die Verantwortlichen in Bund und Land und insbesondere die Bürgermeister/Landräte dazu auf...

- JETZT diesen „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ zu schließen und die Tarifverträge für den ÖGD zu setzen, nicht auf „Zulagen“
- ihn SOFORT umzusetzen, denn nur so wird das Ziel qualifiziert und personell ausreichend besetzter Gesundheitsämter erreicht, die ihre Aufgaben insbesondere im Infektionsschutz erfüllen können.